

Nicos Poulantzas Staatstheorie

Politischer Überbau, Ideologie,
Sozialistische Demokratie

Nicos Poulantzas, geboren 1936 in Athen, lebt seit 1960 in Paris als Dozent für Soziologie. Er gilt als führender Theoretiker auf dem Gebiet der Klassenstruktur.

Bisherige Veröffentlichungen:

- Faschismus und Diktatur, München 1973
- Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt 1974
- Klassen im Kapitalismus - heute, Westberlin 1975
- Krise der Diktaturen, Frankfurt 1977



Der Weg zu einem demokratischen Sozialismus

und, berücksichtigt man seinen massenhaften Charakter, völlig neuartig. Auch wenn diese Bewegung dem Staat gegenüber »auf Distanz« hält, produziert sie beträchtliche Dislozierungseffekte innerhalb des Staats. Dieses Phänomen kennzeichnet sowohl die traditionellen politischen Kämpfe als auch speziell die neuen Kämpfe: die Frauenbewegung, die ökologische Bewegung, die Kämpfe für die Lebensqualität. Dem autoritären Etatismus mißlingt nicht nur die Erfassung der Massen in seinen disziplinarischen Ketten, d. h. die effektive »Integration« dieser Massen in seine autoritären Regelkreise. Er provoziert vielmehr eine generelle Forderung nach direkter Basisdemokratie, d. h. das explosive Entstehen demokratischer Ansprüche.

Im Verlaufe des Textes habe ich auf die politischen Konsequenzen dieser Analysen für den Übergang zu einem demokratischen Sozialismus hingewiesen. Ich will mich hier darauf beschränken, den zentralen Kern dieser Konsequenzen zu entwickeln, und dabei nur das Problem der Beziehungen zwischen Sozialismus und Demokratie bei der Frage nach den Transformationen des Staates herausgreifen.

Sozialismus und Demokratie, demokratischer Weg zum Sozialismus. Ihre Problematik stellt sich heute von zwei historischen Erfahrungen ausgehend, die in gewisser Hinsicht als Barrieren fungieren, als Beispiel für zwei Klippen, die man vermeiden muß. Beispielfaßend ist zunächst die traditionelle Sozialdemokratie, wie man sie in vielen europäischen Ländern kennt. Sodann die Länder des Ostens, die Sozialdemokratie und Stalinismus als historische Beispiele und als theoretisch-politische Strömungen trennt, zeigen beide eine grundlegende Verwandtschaft, nämlich den *Etatismus* und das tiefe Mißtrauen gegenüber der Initiative der Volksmassen, also der Argwohn gegenüber demokratischen Forderungen. In Frankreich spricht man heute mit Vorliebe von zwei Traditionen der Arbeiter- und Volksbewegung, nämlich einerseits die etatistische und jakobinische Tradition, die von Lenin und der Oktoberrevolution bis zur III. Internationale reicht, und andererseits die kommunistische Bewegung, die Bewegung der Selbstverwaltung und der direkten Basisdemokratie. Um den demokratischen Sozialismus zu verwirklichen, müsse man mit der ersten Tradition brechen und sich in die Nachfolge der zweiten Tradition stellen.

Stellt man das Problem jedoch auf diese Weise, verfährt man etwas summarisch. Sicherlich gibt es zwei Traditionen. Sie decken sich aber nicht mit jenen Strömungen, mit denen man sie identifiziert. Glaubt man jedoch, daß man, um den Etatismus zu vermeiden, sich nur in die Strömung der Selbstverwaltung oder der direkten Basisdemokratie zu stellen braucht, unterliegt man einem grundsätzlichen Irrtum.

Zuerst müssen wir also noch einmal auf Lenin und die Oktoberrevolu-

tion zurückkommen. Sicher unterscheiden sich der Stalinismus und das von der III. Internationale hinterlassene Modell für den Übergang zum Sozialismus vom Denken und Handeln Lenins. Sie sind allerdings auch nicht bloße Abweichungen. Tatsächlich waren bei Lenin Keime des Stalinismus enthalten, und zwar nicht nur aufgrund der Besonderheiten der historischen Situation, mit der es Lenin zu tun hatte (Rußland und der zaristische Staat): Der Irrtum der III. Internationale bestand nicht einfach darin, ein Modell des Übergangs zum Sozialismus, das in seiner ursprünglichen Unverfälschtheit der konkreten Situation des zaristischen Rußlands angemessen gewesen wäre, verallgemeinert und damit verfälscht zu haben. Und schließlich, damit habe ich mich in der Einleitung auseinandergesetzt, gibt es diese Keime bei Marx nicht. Lenin hatte als erster die Frage nach dem Übergang zum Sozialismus und dem Absterben des Staates zu lösen, über die Marx nur einige sehr vage Bemerkungen gemacht hat, die im übrigen alle in Richtung eines engen Zusammenhangs zwischen Sozialismus und Demokratie gehen.

Was geschah während der Oktoberrevolution in bezug auf das Absterben des Staates? Ein Problem scheint dabei besonders wichtig zu sein: Es betrifft zwar nicht alle Keime der III. Internationale bei Lenin, bestimmt jedoch alle anderen. Die Analysen und die Praxis Lenins durchzieht eine prinzipielle Linie: Der Staat muß en bloc durch einen frontalen Kampf in einer Situation der *Doppelherrschaft* zerstört, und durch die zweite Macht, die Sowjets, ersetzt werden, deren Herrschaft kein Staat im eigentlichen Sinne mehr wäre, weil er bereits ein absterbender Staat sei. Worin besteht bei Lenin die Bedeutung dieser Zerstörung des bürgerlichen Staates? Lenin reduziert häufig die Institutionen der repräsentativen Demokratie und die politischen Freiheiten auf ihre Herkunft aus der Bourgeoisie (was Marx nie getan hat): repräsentative Demokratie – bürgerliche Demokratie – Diktatur der Bourgeoisie. Sie müssen total zerstört und durch eine direkte Basisdemokratie mit imperativem und widerrufbarem Mandat, also durch die wirklich proletarische Demokratie (die Sowjets) ersetzt werden.

Ich schematisiere ganz bewußt: Die prinzipielle Linie Lenins war ursprünglich kein irgendwie gearteter autoritärer Etatismus. Ich sage das nicht, um Lenin zu verteidigen, sondern um auf die Einseitigkeit einer Konzeption hinzuweisen, die das wirkliche Problem nur verdeckt, und in dem, was seitdem in der UdSSR geschehen ist, das Resultat eines zentralisierenden Leninismus sieht, der an sich die Entwicklung einer direkten Basisdemokratie verhindert hat. Als das Resultat eines Leninismus, der, ebenso wie der Blitz den Donner, die Niederschlagung der Revolte der Matrosen von Kronstadt mit sich bringen mußte. Ob man nun will oder nicht: Lenins ursprüngliche prinzipielle Linie gegenüber der sozialdemokratischen Strömung, die sich für den Parlamentarismus aussprach und eine panische Angst vor der Institution der Räte

hatte, bestand darin, die sogenannte formale Demokratie durch eine sogenannte reale Demokratie und die repräsentative Demokratie durch die sogenannte Räte Demokratie (man benutzte damals noch nicht das Wort »Selbstverwaltung«) radikal zu ersetzen. Dies bringt mich zu der wirklichen Frage: War nicht diese Situation, also diese Linie selbst (die radikale Ersetzung der repräsentativen Demokratie durch die bloße Räte Demokratie) die grundlegende Ursache dessen, was in der Sowjetunion bereits zu Lenins Lebzeiten geschehen ist, und was den zentralistischen und etatistischen Lenin hervorbrachte, dessen Erben man kennt?

Ich sage, daß ich die Frage stelle. Sie wurde jedoch bereits damals gestellt und auf eine Weise beantwortet, die heute extrem vorausschauend erscheint. Und zwar von Rosa Luxemburg, die Lenin selbst einen Adler der Revolution nannte. Und vom Adler hatte sie auch den Blick. Die erste genaue und grundsätzliche Kritik an Lenin und der bolschewistischen Revolution stammte von Rosa Luxemburg. Diese Kritik ist richtungsweisend, weil sie nicht von Seiten der Sozialdemokratie kommt (die von direkter Demokratie und den Räten nicht einmal sprechen hören wollte), sondern von der Seite einer aktiven Kämpferin, die von der Räte Demokratie, für die sie ihr Leben ließ, als sie während der sozialdemokratischen Niederschlagung der Arbeiter räte ermordet wurde, überzeugt war. Was Rosa Lenin vorwirft, ist nicht seine Vernachlässigung oder sein Mißtrauen gegenüber der direkten Basisdemokratie, es ist das *genaue Gegenteil*: Daß sich Lenin nämlich ausschließlich auf sie gestützt (ausschließlich, denn die Räte Demokratie bleibt für Rosa immer grundsätzlich wichtig) und die repräsentative Demokratie schlicht und einfach eliminiert hat. Ganz besonders, als er die konstituierende Nationalversammlung, die unter einer bolschewistischen Regierung gewählt worden war, zugunsten der Sowjets absetzte. Man muß dazu die »Russische Revolution« wiederlesen, aus der ich jetzt nur einen einzigen Abschnitt zitiere: »Lenin und Trotzki haben an Stelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrukken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Preß- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf stirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bureaukratie allein das tätige Element bleibt.« Zweifellos ist dies nicht die einzige Frage in bezug auf Lenin: für das, was danach geschehen ist, spielen die Parteikonzeption in »Was tun?«, die Konzeption einer Theorie, die »von außen« in die Arbeiterklasse durch Berufsrevolutionäre hineingetragen wird, und vieles andere, auf das ich hier nicht eingehe, eine wichtige Rolle. Aber Rosa stellt die grundlegende Frage: Unabhängig von den Positionen Lenins gegen-

über einigen anderen Problemen und unabhängig von den historischen Besonderheiten Rußlands, war das, was bereits zu Lebzeiten Lenins, aber besonders später folgte (Einheitspartei, die Bürokratisierung der Partei, die Vermischung von Partei und Staat, der Etatismus, das Ende der Sowjets selbst, usw.), bereits in dieser Situation, die Rosa Luxemburg kritisierte, enthalten.

Gehen wir nun auf das von der III. Internationale hinterlassene Revolutionsmodell ein, auf das der Stalinismus zwischenzeitlich eigene Auswirkungen gehabt hatte. Wir entdecken dabei die gleiche Position im Hinblick auf die repräsentative Demokratie. Dazu kommt jetzt der Etatismus und das Mißtrauen gegenüber der direkten Basisdemokratie. Der gesamte Sinn der Räte-Problematik ist nun vollständig verdreht worden und wir entdecken ein Modell, das völlig von einer instrumentalen Staatskonzeption gekennzeichnet ist.

Der kapitalistische Staat wird dabei als bloßes Objekt oder Instrument betrachtet, das von der Bourgeoisie, deren Produkt er ist, nach Belieben manipulierbar ist – man gesteht ihm also keine inneren Widersprüche zu. Ebenso wenig wie die Kämpfe der Volksmassen in ihrer Opposition gegenüber der Bourgeoisie einer der Faktoren der Konstituierung dieses Staates sein könnten (in diesem Fall der Institutionen der repräsentativen Demokratie), könnten sie den Staat selbst durchziehen, der als monolithischer Block ohne Risse begriffen wird. Die Klassenwidersprüche lägen zwischen dem Staat und dem Staat von außen gegenüberstehenden Volksmassen – bis zu jenem Krisenpunkt der Doppelherrschaft, jenem Moment, in dem der Staat de facto durch die Zentralisierung von Parallelmächten, die zur realen Macht werden (die Sowjets), vernichtet worden ist. Daraus folgt:

1. Der Kampf der Volksmassen um die Staatsmacht könnte im wesentlichen nur ein von außen geführter frontaler Bewegungs- oder Einkreisungskampf gegen den Staat als Festung sein, der prinzipiell auf die Schaffung einer Situation der Doppelherrschaft zielt.

2) Auch wenn es verkürzt wäre, diese Konzeption mit einer Angriffsstrategie vom Typ der »Stunde des Umsturzes« zu vergleichen, d. h. einer Strategie, die sich in einem punktuellen Moment konzentriert (Aufstand, politischer Generalstreik, usw.), ist es doch trotzdem klar, daß hier die strategische Sicht eines Übergangsprozesses zum Sozialismus fehlt, d. h. eines langen Wegs der Massen, um die Macht zu erringen und die Staatsapparate zu transformieren. Dies könnte nur in der Situation der Doppelherrschaft geschehen, einer Situation mit einem sehr prekären Gleichgewicht der Kräfte (Staat-Bourgeoisie/Sowjets-Arbeiterklasse), die per definitionem nicht lange andauern können. Die »revolutionäre Situation« selbst wird auf eine Staatskrise reduziert, die nur eine Krise des Zusammenbruchs des Staates würde sein können.

3. Man spricht diesem Staat eine eigene Macht zu, eine quantifizierbare Machtsubstanz, die man ihm entreißen muß. Die Staatsmacht »übernehmen« bedeutet, während des Zeitraums der Doppelherrschaft Teile des Staatsapparates zu besetzen, die Spitzen der Apparatschafft zu kontrollieren, auf den leitenden Räderwerken der Staatsapparatmaschinerie zu stehen und die entscheidenden Räderwerke seiner Dispositive in Hinblick auf ihre Substitution durch die zweite Macht – die Sowjets – zu manipulieren. Man kann eine Burg nur erobern, wenn man sich der Schützengräben, Festungswälle und Unterstände ihres instrumentellen Gerüsts in einer Situation der Doppelherrschaft bemächtigt, die die Burg zugunsten einer anderen Sache (der Sowjets) niederreißt: Dieses Andere (die zweite Macht) soll völlig außerhalb des Staates stehen, diesseits des besetzten Lagers. Diese Konzeption kennzeichnet immer noch die anhaltende Skepsis bezüglich der Eingriffsmöglichkeiten der Volksmassen in den Staat selbst.

4. Welche Form nimmt in diesem Kontext das Problem der Transformation des Staatsapparats im Übergang zum Sozialismus an? Man muß zuerst die Staatsmacht ergreifen, um dann, wenn die Stürmung des Schlosses erst einmal abgeschlossen ist, en bloc den gesamten Staatsapparat dem Boden gleichzumachen, und ihn durch eine zweite Macht (die Sowjets) zu ersetzen, die als Staat neuen Typs konstituiert wird.

Auch wenn man auch hier noch das fundamentale Mißtrauen gegenüber den Institutionen der repräsentativen Demokratie und der politischen Freiheiten (als Schöpfungen und Instrumente der Bourgeoisie) wiederfindet, hat sich doch die Konzeption der Sowjets selbst inzwischen geändert. Wenn die Sowjets en bloc den bürgerlichen Staat ersetzen sollen, so bedeutet dies nicht mehr, daß die bürgerliche Demokratie durch die direkte Basisdemokratie ersetzt wird. Das Problem ist nicht mehr der Anti-Staat, als vielmehr der Parallel-Staat, der dem instrumentalen Modell des gegenwärtigen Staates nachgebildet ist, und insofern ein proletarischer Staat sein soll, als er von oben durch die revolutionäre »Einheitspartei kontrolliert und besetzt wird. Die Partei selbst wiederum funktioniert nach dem Modell des Staates. Aus dem Mißtrauen im Hinblick auf die Eingriffsmöglichkeiten der Volksmassen innerhalb des bürgerlichen Staates ist Mißtrauen im Hinblick auf Volksbewegungen an der Basis überhaupt geworden. Man nennt dies, den Staat und die Sowjets stärken, um sie dann eines Tages besser absterben zu lassen ... Der stalinische Etatismus ist entstanden.

Man kann nun die tiefe Verwandtschaft von stalinischem Etatismus und dem Etatismus der traditionellen Sozialdemokratie erkennen. Auch die traditionelle Sozialdemokratie charakterisiert sich durch ein fundamentales Mißtrauen gegenüber der direkten Basisdemokratie und den Initiativen der Massen. Auch für sie ist die Beziehung zwischen den Volksmassen und dem Staat, der die Macht besitzt und ein

eigenes Wesen konstituiert, eine äußerliche Beziehung. Der Staat als Subjekt (mit einer inneren eigenen Rationalität ausgestattet) verkörpert sich in den Eliten und den Mechanismen der repräsentativen Demokratie. Man besetzt diesen Staat, indem man seine Spitzen durch eine aufgeklärte linke Elite ersetzt und allenfalls noch einige Korrektive an der Funktionsweise der Institutionen anbringt, wobei es sich von selbst versteht, daß dieser Staat den Massen von oben den Sozialismus bringen wird: *ein technisch-bürokratischer Etatismus von Experten*.

Man sagt zurecht, daß die stalinsche und sozialdemokratische Staatsvergötterung eine der Traditionen der Volksbewegung sind. Diese Tradition jedoch durch die andere Tradition der Selbstverwaltung und der direkten Basisdemokratie zu verlassen, wäre fast zu schön, um wahr zu sein. Jedenfalls darf man das Beispiel Lenins und die in dem ursprünglichen Räteexperiment enthaltenen Keime des Etatismus nicht vergessen. Das Dilemma, das man umgehen muß, ist also im Grunde folgendes: Entweder behält man den gegenwärtigen Staat bei und verläßt sich nur auf die repräsentative Demokratie, an der man einige zweitrangige Korrekturen anbringt – dies führt zum sozialdemokratischen Etatismus und zum angeblich liberalen Parlamentarismus. Oder aber man verläßt sich allein auf die direkte Basisdemokratie und die Selbstverwaltungsbewegung. Dies führt über kurz und lang unvermeidlich zum statistischen Despotismus oder einer Diktatur der Experten. *Das Grundproblem eines demokratischen Wegs zum Sozialismus und eines demokratischen Sozialismus ist die Frage, wie man eine radikale Transformation des Staates in Gang setzen kann, wenn man die Ausweitung und Vertiefung der Freiheiten und der Institutionen der repräsentativen Demokratie (die auch eine Errungenschaft der Volksmassen waren) mit der Entfaltung von Formen der direkten Demokratie und von Selbstverwaltungszentren verbindet?*

Dieses Problem stellt der Begriff »Diktatur des Proletariats« nicht nur nicht, er hat es letzten Endes verstellt. Ich möchte zu dieser Frage nur sagen, daß die »Diktatur des Proletariats« bei Marx ein strategischer Begriff in praktischem Zustand war, der höchstens als Wegweiser fungierte. Er deutete auf die Klassennatur des Staates hin und auf die Notwendigkeit, ihn im Hinblick auf den Übergang zum Sozialismus und den Prozess des Absterbens des Staates zu transformieren. Auch wenn das, worauf dieser Begriff hinweist, immer noch sehr real ist, hat er danach doch eine bestimmte historische Funktion gehabt: dieses grundsätzliche Problem einer Verbindung der transformierten repräsentativen Demokratie mit der direkten Basisdemokratie zu verschleiern. Dies sind meines Erachtens diejenigen Gründe, die es rechtfertigen, daß man diesen Begriff aufgibt, und nicht, daß er letzten Endes nur noch mit dem stalinschen Totalitarismus identifiziert wird. Selbst wenn dieser Begriff verschiedene Bedeutungen gehabt hat, hat er diese

historische Funktion immer beibehalten: Das galt für Lenin seit den Anfängen der Oktoberrevolution, aber auch, noch vor kurzer Zeit, sogar bei Gramsci. Man kann natürlich nicht bezweifeln, daß Gramsci bedeutende theoretisch-politische Beiträge geleistet hat. Außerdem ist seine Distanzierung vom Stalinismus bekannt. Aber das ändert nichts daran, daß auch er das Problem nicht in seiner vollen Tragweite hat stellen können (obwohl man ihn gegenwärtig in alle möglichen Richtungen interpretiert). Seine berühmten Analysen der Unterschiede zwischen dem Bewegungskrieg (den Bolschewiken in Rußland) und dem Stellungskrieg sind im wesentlichen als Anwendung des leninistischen Strategiemodells auf »unterschiedliche konkrete Situationen« des Westens konzipiert. Dies führt bei ihm trotz seiner bemerkenswerten Einsichten zu einer Reihe von Blockaden, mit denen ich mich an dieser Stelle allerdings nicht beschäftigen kann.

Dies ist also das Grundproblem des demokratischen Sozialismus. Es betrifft nur die sogenannten entwickelten Länder, denn es handelt sich dabei um ein strategisches Modell, das nur der Situation dieser Länder angepaßt ist. Es geht nicht darum, irgendwelche »Modelle« welcher Richtung auch immer zu konstruieren. Aber da es sich nur um Richtungsweise handelt, denen man folgt, indem man aus der Vergangenheit Lehren zieht, also um Klippen, die man vermeiden muß, wenn man nicht in bereits bekannte Situationen geraten will, betrifft dieses Modell jeden Übergang zum Sozialismus, auch wenn er sich in jedem Land ganz anders darstellt. Und heute weiß man, daß es in den verschiedenen Ländern nicht bald einen demokratischen und bald einen anderen Sozialismus geben kann. Natürlich unterscheiden sich die konkreten Situationen und zweifellos müssen die Strategien den Besonderheiten der verschiedenen Länder angepaßt sein, aber den Sozialismus gibt es nur als demokratischen Sozialismus.

Die gegenwärtige Situation in Europa zeigt in bezug auf diesen Sozialismus und den demokratischen Weg zum Sozialismus einige Besonderheiten, die sowohl die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse, die hier etablierte Staatsform und die Einzigartigkeit der Krise des Staates betreffen. Wahrscheinlich zum ersten Mal in der Weltgeschichte bieten diese Besonderheiten in bestimmten europäischen Ländern umso mehr Chancen und Möglichkeiten für den Erfolg eines demokratischen Sozialismus und für die gegliederte Verbindung von transformierter repräsentativer Demokratie und direkter Basisdemokratie. Dies erfordert eine neue Strategie sowohl für die Übernahme der Staatsmacht durch die Volksmassen als auch für die Transformationen des Staates, also den demokratischen Weg zum Sozialismus.

Der Staat ist heute weniger denn je ein von den Massen isolierter Element. Permanent durchziehen ihre Kämpfe den Staat, auch in den Apparaten, in denen die Massen selbst nicht präsent sind. Die Si-

situation der Doppelherrschaft, die den frontalen Kampf in einem bestimmten Moment konzentriert, ist nicht die einzige Situation, die Massenaktionen innerhalb des Staates erlaubt. Der demokratische Weg zum Sozialismus ist ein langer Prozess, in dem der Kampf der Volksmassen nicht auf die Errichtung der Doppelherrschaft zielt, die parallel zum Staat und außerhalb von ihm verläuft, sondern sich auf die inneren Widersprüche des Staates richtet. Sicherlich setzt die Machtergreifung immer eine Staatskrise voraus (die es heute in verschiedenen europäischen Ländern gibt). Man kann diese Krise, die die inneren Widersprüche des Staates noch verstärkt, jedoch nicht auf eine Krise des Zusammenbruchs des Staates beschränken. Die Staatsmacht zu ergreifen oder zu erobern bedeutet nicht, Teile der staatlichen Maschine im Hinblick auf die Übernahme durch die zweite Macht bloß zu beschnitten. Die Macht ist keine quantifizierbare Substanz, die der Staat besitzt, und die man ihm entreißen müßte. Die Macht besteht aus einer Reihe von Verbindungen zwischen den gesellschaftlichen Klassen, die sich per excellence im Staat konzentrieren, den die Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen konstituiert. Der Staat ist weder ein Ding oder Instrument, das man stiehlt, noch eine Festung, in die man mit einem trojanischen Pferd eindringt, und auch kein Geldschrank, den man mit einem Einbruch knackt: Er ist Zentrum der Ausübung politischer Macht.

Die Staatsmacht zu ergreifen bedeutet, den Massenkampf so auszubreiten, daß er das innere Kräfteverhältnis der Staatsapparate verändert, die strategischer Schauplatz politischer Kämpfe sind. Für die Strategie der Doppelherrschaft dagegen spielt sich die entscheidende Kräfteveränderung dagegen nicht innerhalb des Staates ab, sondern zwischen dem Staat und den Massen, die ihm angeblich von außen gegenüberstehen. Der lange Prozess der Machtergreifung in einem demokratischen Weg zum Sozialismus besteht im wesentlichen darin, die innerhalb der staatlichen Netzwerke verstreuten Widerstandszentren der Massen zu entfalten, verstärken, koordinieren und zu leiten, sowie neue Zentren zu schaffen und zu entwickeln. Dadurch können diese Zentren auf dem strategischen Terrain des Staates zu effektiven Zentren der realen Macht werden. Es geht also nicht um die simple Alter-native zwischen Stellungen- und Bewegungskrieg, denn der Stellungskrieg im Sinne Gramscis besteht immer in der Einkreisung eines befestigten Schlosses, d. h. des Staates.

Zweifelloos wird jetzt eine Frage auftauchen: Sind Sie damit nicht zum traditionellen Reformismus übergegangen? Um darauf zu antworten, muß man begreifen, wie die III. Internationale die Frage des Reformismus gestellt hat. Für sie ist jede Strategie reformistisch, die sich von der Strategie der Doppelherrschaft unterscheidet. Der einzige radikale Bruch in der Übernahme der Staatsmacht, der einzige zentrale Bruch, der es erlaubt, dem Reformismus zu entgehen, ist der

Bruch zwischen dem Staat (dem bloßen Instrument der Bourgeoisie außerhalb der Massen) und seinem angeblichen absoluten Außen, der zweiten Macht (die Sowjets). Diese Strategie hat, nebenbei gesagt, einen ganz spezifischen Reformismus der III. Internationale nicht verhindert, ganz im Gegenteil, nämlich ein Reformismus, der von einer instrumentalen Konzeption des Staates abhängt. Während man auf die Situation der Doppelherrschaft wartet, reißt man lose Teile der staatlichen Maschine an sich und stellt isolierte Bastionen nebeneinander. Im übrigen fällt allmählich die Situation der Doppelherrschaft unter den Tisch: Übrig bleibt, allein der Staat als Instrument, dessen Getriebe man nach und nach erobert, und dessen Führungsposten man besetzt. Tatsächlich ist der Reformismus eine immer latente Gefahr: Er ist kein charakteristischer Fehler jeder Strategie, die sich von der Strategie der Doppelherrschaft unterscheidet, auch wenn das Kriterium des Reformismus im Fall des demokratischen Wegs zum Sozialismus nie so einschneidend ist wie für die Strategie der Doppelherrschaft, und die Gefahr der Sozialdemokratisierung – unnütz zu leugnen – größer ist. Trotzdem: das innere Kräfteverhältnis des Staates zu ändern, bedeutet nicht, in kontinuierlicher Steigerung zu reformieren, die staatliche Maschine stückweise einzunehmen oder die höchsten Regierungsposten zu erobern. Diese Veränderung besteht in der Ausweitung effektiver Brüche, deren kulminierender Punkt (und es gibt zwangsläufig einen solchen Punkt) im Umschlagen der Kräfteverhältnisse zugunsten der Kräfteverhältnisse auf dem Terrain des Staates liegt.

Der demokratische Weg besteht also nicht bloß auf dem parlamentarischen oder dem Wahlweg. Daß man die Mehrheit der Wählerstimmen (im Parlament oder für die Stelle des Staatspräsidenten) gewinnt, kann nur ein, wenn auch wichtiger Moment sein: Er ist auch nicht zwangsläufig der Kulminationspunkt der Brüche innerhalb des Staates. Die Veränderung der Kräfteverhältnisse innerhalb des Staates betrifft die Gesamtheit seiner Apparate und Dispositive, nicht nur das Parlament oder, wie man uns heute bis zum Überdruß wiederholt, die ideologischen Staatsapparate, die heute die determinierende Rolle innerhalb des »gegenwärtigen« Staates einnehmen sollen. Dieser Prozess erstreckt sich zugleich, und zwar in erster Linie, auf die repressiven Staatsapparate, die das Monopol auf die legitime physische Gewalt besitzen: die Armee und besonders die Polizei. Aber ebensowenig wie man die eigentliche Rolle dieser Apparate vergessen sollte (was häufig in bestimmten Versionen des demokratischen Wegs zum Sozialismus geschieht, die im allgemeinen auf einer Fehlinterpretation bestimmter Thesen Gramscis beruhen), sollte man glauben, daß die Strategie der Veränderung des inneren Kräfteverhältnisses des Staates nur für die ideologischen Staatsapparate gültig ist, und daß die repressiven Apparate, als seien sie gegenüber den Volkskämpfen wirklich abgeschottet, nur

frontal und von außen erobert werden können. Es handelt sich also nicht um zwei unterschiedliche Strategien, die man verbindet, wobei man für die repressiven Apparate die Strategie der Doppelherrschaft beibehält. Offensichtlich stellt die innere Veränderung der Kräfteverhältnisse in den repressiven Apparaten besondere und gefährliche Probleme. Wie jedoch Portugal eindeutig gezeigt hat, werden selbst diese Apparate von den Kämpfen der Volksmassen durchzogen.

Die wirkliche Alternative bezüglich des demokratischen Wegs zum Sozialismus ist die zwischen dem Kampf der Volksmassen, der auf die Veränderung der Kräfteverhältnisse innerhalb des Staates zielt, und einer frontalen Strategie vom Typ der Doppelherrschaft.

Diese Alternative ist nicht, wie man häufig glaubt, die Alternative zwischen einem »inneren Kampf« in den Staatsapparaten, d. h. einem Kampf, der in seinen physischen Raum eingreift und sich dort einfügt, und einem Kampf »auf Distanz«, der physisch außerhalb dieser Apparate stattfindet. Denn zunächst zeigt ein Kampf auf Distanz immer Wirkungen im Innern der Staatsapparate: Der Kampf ist immer, wenn auch auf gebrochene Weise und durch Mittelspersonen präsent. Vor allem aber, weil dieser Kampf mit den Staatsapparaten außerhalb oder jenseits der Grenzen des durch die institutionellen Orte umrissenen physischen Raums immer und in jedem Fall notwendig bleibt: Er spiegelt die Autonomie des Kampfes und der Organisationen der Volksmassen wider. Es geht auch nicht darum, sich in allen staatlichen Institutionen einzusetzen (Parlament, Wirtschafts- und Sozialrat, die Instanzen der »konzertierten Aktion«, usw.), bloß um ihre Zuständigkeiten zu guten Zwecken einzusetzen. Und schließlich müssen sich die Volkskämpfe immer auch in der Entfaltung von Bewegungen und in der Ausbreitung von Dispositiven der direkten Basisdemokratie und der Selbstverwaltungszentren äußern.

Dies hängt mit der Frage der Transformation des Staates zusammen, aber auch, was man nicht vergessen darf, mit der grundsätzlichen Frage nach der Staatsmacht und der sehr allgemeinen Machtfrage. Die Kämpfe um die Selbstverwaltung und die direkte Demokratie müssen sich die Frage stellen: *Wer* ist an der Macht und *wozu*? Zur Veränderung dieser Kräfteverhältnisse dürfen diese Kämpfe und Bewegungen jedoch nicht zu einer Zentralisierung zu einer zweiten Macht tendieren, einem dem Staat angeblich völlig äußerlichen Ort. Sie müssen vielmehr zur Veränderung des Kräfteverhältnisses auf dem Terrain des Staates selbst führen. Soweit diese Kämpfe und Bewegungen politisch sind, stehen sie niemals außerhalb des Staates, auch wenn sie sich außerhalb des physischen Raums des Staates situieren: Sie sind jedenfalls immer in sein strategisches Feld eingegliedert. Da liegt die wirkliche Alternative, und nicht im Gegensatz von einem bloß »inneren« und einem »äußeren« Kampf. In einem demokratischen Weg zum Sozialismus müssen sich beide Wege verbinden. Sich in die Staatsapparate zu

»integrieren« oder nicht, das Spiel der Macht zu spielen oder nicht – all dies reduziert sich nicht auf die Wahl zwischen einem »inneren« und einem »äußeren« Kampf. Im übrigen ist die Integration nicht die notwendige Konsequenz einer Strategie, die auf Veränderungen innerhalb des Terrains des Staates abzielt – als ob sich jemals ein politischer Kampf völlig außerhalb des Staates stellen könnte.

Diese Strategie der Machtergreifung verweist unmittelbar auf die Frage der Transformationen des Staates auf einem demokratischen Weg zum Sozialismus. Nur die Verbindung beider Vorgehensweisen, der Transformation der repräsentativen Demokratie und die Entwicklung von Formen der direkten Basisdemokratie, kann den autoritären Etatismus verhindern. Diese Verbindung stellt jedoch neue Probleme.

In der Strategie der Doppelherrschaft, der Strategie der bloßen Ersetzung des Staatsapparates durch den Räteapparat, wird die Frage nach der Machtübernahme des Staates vorrangig gegenüber seiner Zerstörung-Ersetzung. Es geht im Grunde gar nicht um eine Transformation des Staatsapparates: Zuerst ergreift man die Staatsmacht, so dann stellt man eine andere Macht an ihre Stelle.

Folgende Frage berücksichtigt man also nicht: Wenn die Ergreifung der Staatsmacht einen langen Prozess der Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb des Staates voraussetzt, so muß sie ebenfalls eine gleichzeitige Transformation seiner Apparate umfassen. Und da der Staat eine eigene Materialität besitzt, reicht eine Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb des Staates allein nicht zur Transformation dieser Materialität aus. Das Kräfteverhältnis selbst kann sich innerhalb des Staates nur stabilisieren, wenn seine Apparate transformiert werden. Gibt man die Strategie der Doppelherrschaft auf, wirft man die Frage der Materialität des Staates also nicht über Bord. Man stellt sie nur auf andere Weise.

Ich habe dafür in diesem Text den Terminus *radikale Transformation* des Staatsapparats im Übergang zum demokratischen Sozialismus verwendet. Sicherlich hat dieser Terminus noch hinweisenden Charakter. Er scheint mir jedoch eine allgemeine Richtung zu kennzeichnen, die, wenn ich so sagen darf, durch zwei Einbahnstraßen gekennzeichnet ist.

Die erste: Die radikale Transformation des Staatsapparats in einem demokratischen Weg zum Sozialismus impliziert, daß es nun nicht mehr um das gehen kann, was man traditionellerweise als *Zerschlagung* oder *Zerstören* dieses Apparats bezeichnet. Der Terminus »zer schlagen«; der bei Marx ebenfalls ein indikativer Terminus war, hat schließlich historisch etwas sehr bestimmtes bezeichnet: Die Ausrottung jeder Form der repräsentativen Demokratie und der sogenannten formalen Freiheiten. Man muß sich damit abfinden: Wenn der demo-

kratische Weg zum Sozialismus und der demokratische Sozialismus auch den politischen und ideologischen Pluralismus (der Parteien) impliziert, sowie die Anerkennung der Rolle des allgemeinen Wahlrechts und die Ausweitung und Vertiefung aller politischen Freiheiten, einschließlich der des Gegners, kann man die Termini »zerstören« und »zerschlagen« nur noch benutzen, wenn man mit den Worten leichtsinnig umgeht. Denn dieser Übergang wird in allen Transformationen der repräsentativen Demokratie durch eine bestimmte Permanenz und Kontinuität ihrer Institutionen gekennzeichnet. Diese Kontinuität ist kein bedauerliches Überbleibsel, das man erduldet, weil man es nicht ändern kann, sondern eine notwendige Bedingung des demokratischen Sozialismus.

Die zweite Einbahnstraße: Der Terminus »radikale Transformation« bezeichnet zugleich Richtung und Mittel der Veränderungen des Staatsapparats. Damit können weder zweitrangige Readaptionen (gemäß einem Neo-Liberalismus des restaurierten Rechtsstaats) noch prinzipiell von oben kommende Veränderungen (gemäß einem traditionellen Sozialdemokratismus oder einem liberalisierten Stalinismus) gemeint sein. Diese Transformation wird keine statistische Transformation des Staatsapparats sein können. Eine Transformation des Staatsapparats im Sinne des Absterbens des Staates kann sich nur auf ein gesteigertes Eingreifen der Volksmassen in den Staat stützen – sicherlich mit Hilfe der gewerkschaftlichen und politischen Vertreter der Volksmassen, aber auch durch die Entfaltung ihrer eigenen Initiativen innerhalb des Staates. Diese Transformation wird ein etappenweises Vorgehen sein, das sich nicht auf eine bloße Demokratisierung des Staates wird beschränken können. Jedenfalls müssen die notwendigen Transformationen des Staates diese Richtung einschlagen, ob es sich nun um das Parlament, die Freiheiten, die Rolle der Parteien, die Demokratisierung der gewerkschaftlichen und politischen Apparate der Linken selbst oder um die Dezentralisierung handelt.

Diese Transformation muß von der Entfaltung neuer Formen der direkten Basisdemokratie und der Verbreitung von Netzen und Zentren der Selbstverwaltung begleitet werden. Eine Transformation des Staatsapparats allein und eine Entwicklung der repräsentativen Demokratie könnten dem Etatismus nicht entgegen. Die hat allerdings auch eine Kehrseite: Auch die einseitige und eindeutige Verschiebung des Schwerkraftzentrums auf die Bewegung der Selbstverwaltung könnte über kurz oder lang nicht das Scheitern verhindern, d. h. den technisch-bürokratischen Etatismus und die autoritäre Konfiszierung der Macht durch die Experten. Und zwar einerseits in Form der Zentralisierung der Bewegung der Selbstverwaltung zu einer zweiten Macht, die die Mechanismen der repräsentativen Demokratie schlicht und einfach ersetzt. Andererseits aber auch in einer Form, die gegenwärtig häufig propagiert wird: Das einzige Mittel, den Etatismus zu

vermeiden, liege darin, sich außerhalb des Staates zu stellen, seine eigene Transformation zu vernachlässigen, den Staat (das radikale und ewige Übel) im wesentlichen zu lassen, wie er ist, und ihn so, ohne bis zur Doppelherrschaft zu gehen, einfach von außen durch »Selbstverwaltungs-Gegennächte« an der Basis auszusperren – den Staat also unter Quarantäne zu stellen und durch Isolation des Krankheitsherdes die Ausbreitung seiner Krankheit zu verhindern.

Man formuliert dies gegenwärtig auf vielfache Weise: Zuerst einmal in den neo-technokratischen Reden über einen Staat, der wegen der Komplexität der Aufgaben einer »nachindustriellen« Gesellschaft beibehalten, von den Experten der Linken geführt und von den Selbstverwaltungs-Dispositiven bloß kontrolliert werden sollte. Im Grenzfall wäre jeder linke Technokrat von einem Bevollmächtigten der direkten Demokratie begleitet – was den verschiedenen Spezialisten nicht allzuviel Angst zu machen scheint (vgl. ihr plötzlich faibles für die Selbstverwaltung). Sie wissen nämlich sehr gut, was sie davon zu halten haben: Die Masse denkt, der Staat lenkt... Man formuliert dies aber auch in einer neo-liberalen Sprache: Man will dem Etatismus durch eine Macht entgegen, die sich in eine unbegrenzte Pluralität von Mächten verstreut, versplittet und pulverisiert, die dem Staat äußerlich sind, und die allein Aufmerksamkeit verdienen (die Guerilla gegenüber dem Staat). Das Ergebnis ist in beiden Fällen gleich: Man läßt den Staat-Leviathan an seinem Platz und vernachlässigt die notwendigen Transformationen des Staates, ohne die die Bewegung der direkten Demokratie zum Scheitern verurteilt sind. Mehr noch: Letztendes schließt man den Eingriff der Bewegung der Selbstverwaltung in die Transformationen des Staates selbst aus und verlagert beide Vorgehensweisen in einen schlichten Parallelismus. Aber wie soll man dann z. B. eine organische Beziehung zwischen Bürgerkomitees und den nach nationalem Wahlrecht gewählten Versammlungen herstellen, die selbst im Zusammenhang mit dieser Beziehung transformiert wurden?

Man sieht also, daß es eigentlich nicht darum geht, zwei Traditionen, die etatistische Tradition und die Tradition der Selbstverwaltung, zu »synthetisieren« und »zusammenzukleben«. Man muß sich vielmehr in die *Globalperspektive des Absterbens des Staates* stellen. Diese Perspektive enthält zwei miteinander verbundene Prozesse: die Transformation des Staates und die Entfaltung der direkten Demokratie. Die Trennung beider Vorgehensweisen verursachte eine Spaltung in Form von zwei Traditionen; die Folgen dieser Spaltung sind bekannt.

Nur dieser Weg kann zum demokratischen Sozialismus führen; andererseits drohen auch ihm zwei Gefahren.

Zuerst einmal eine sehr alte und gut bekannte Gefahr, die jetzt je-

doch wächst: die *Reaktion des Gegners*, d. h. der Bourgeoisie. Gegenüber dieser Gefahr war die klassische Haltung der Strategie der Doppelherrschaft die Destruktion des Staatsapparats. In einem bestimmten Sinne bleibt diese Haltung für den uns hier beschäftigenden Fall weiterhin gültig: Man kann sich nicht auf zweitrangige Veränderungen des Staatsapparats beschränken und muß tiefe Brüche vornehmen. Aber diese Haltung bleibt nur in einer Hinsicht gültig: Es geht nicht mehr um die Destruktion des Staatsapparats und um seine Ersetzung durch die zweite Macht, sondern um seine Transformation in einen langen Prozess. Dieser Prozess entwickelt die Freiheiten und die repräsentative Demokratie nicht nur und weitest sie aus: Er bietet auch dem Gegner mehr Möglichkeiten, entweder das Experiment des demokratischen Sozialismus zu boykottieren, oder aber brutal zu intervenieren, um ihm ein Ende zu setzen. Der demokratische Weg zum Sozialismus wird sicherlich kein einfacher friedlicher Weg sein.

Man kann dieser Gefahr nur begegnen, wenn man sich aktiv auf eine breite Volksbewegung stützt. Sagen wir es deutlich: Auf alle Fälle und entgegen einer »avantgardistischen« Strategie der Doppelherrschaft setzt die Verwirklichung dieses Weges und ihrer Ziele, sowie die Verbindung beider Vorgehensweisen, durch die der Etatismus und die sozialdemokratische Sackgasse verhindert werden sollen, eine entscheidende und kontinuierliche Unterstützung durch eine Massenbewegung voraus, die sich auf breite Volksbündnisse gründet. Wenn es diese entfaltete und aktive Bewegung (Gramsci unterschied zwischen der aktiven und der passiven Revolution) nicht gibt, und wenn es der Linken nicht gelingt, diese Bewegung hervorzurufen, wird nichts die Sozialdemokratisierung dieses Experiments verhindern können. So radikal die verschiedenen Programme auch sein mögen, daran werden sie nicht viel ändern. Diese breite Volksbewegung bildet einen Schutz gegenüber der Reaktion des Gegners, auch wenn nur sie dazu nicht ausreicht, und deshalb immer mit radikalen Transformationen des Staates verbunden werden muß. Diese zweifache Lehre erteilte uns Chile: Das Ende des Experiments Allendes hing nicht nur vom Fehlen dieser Transformationen ab. Die in dieses Fehlen eingeschriebene Intervention der Bourgeoisie wurde durch den Bruch des Bündnisses zwischen den Volksmassen (besonders des Bündnisses von Arbeiterklasse und Kleinbourgeoisie) ermöglicht, der die Begeisterung für die Regierung der Unidad Popular bereits gedämpft hatte. Die Linke muß alle Mittel einsetzen, um diese breite Bewegung hervorzurufen, und dabei ganz besonders diejenigen neuen Forderungen des Volkes aufgreifen, die man häufig, sehr zu Unrecht, »zweite Fronten« nennt (Frauenbewegung, Kämpfe für den Umweltschutz, usw.).

Die zweite Gefahr betrifft die *Formen der Verbindung* der beiden Prozesse der Transformation des Staates und der repräsentativen Demokratie und der direkten Demokratie und Bewegung der Selbstver-

waltung. Diese Verbindung stellt ein neues Problem: kein Prozess darf den anderen unterdrücken, weder durch die schlechte Eliminierung eines Prozesses, noch durch die Integrierung eines Prozesses in den anderen. Beides würde zum gleichen Resultat führen. Da es sich also nicht um die Assimilierung beider Prozesse handeln kann, stellt sich die neue Frage, wie man einen schloßen Parallelismus und ein Nebeneinander beider Prozesse verhindern kann, so daß nicht jeder Prozeß nur seiner eigenen Bewegung folgt. In welchen Bereichen, für welche Entscheidungen und in welchem Augenblick muß ein Prozeß Vorrang haben vor dem anderen (die Vertreterversammlungen oder die Zentren der direkten Demokratie, das Parlament oder die Fabrikkomitees, die Gemeinderäte oder die Bürgerversammlungen)? Wie kann man die bis zu einem bestimmten Punkt unvermeidlichen Konflikte vorher regeln, ohne daß man sich langsam aber sicher auf den Weg zu einer echten oder versteckten Situation der *Doppelherrschaft* macht?

Diesmal zu einer Situation der Doppelherrschaft von zwei linken Mächten (die Linksregierung und die organisierte Volksmacht als zweite Macht). Wir wissen – und diese Lehre gibt uns Portugal –, daß eine Situation der Doppelherrschaft selbst zwischen zwei linken Mächten nicht mit einem Spiel von Macht und Gegenmacht zu vergleichen ist, die sich gegenseitig zugunsten des Sozialismus und der Demokratie auspendeln. Diese Situation führt vielmehr schnell zu einer offenen Konfrontation zwischen beiden Mächten – und zu allen Gefahren, die eine Eliminierung einer der beiden mit sich bringt. Die Eliminierung der direkten Basisdemokratie führt zur Sozialdemokratisierung (vgl. Portugal), und die Eliminierung der repräsentativen Demokratie wird nicht zum Absterben des Staates und zum Triumph der direkten Demokratie führen, sondern über kurz oder lang zu einer autoritären Diktatur neuen Typs. In beiden Fällen wird schließlich der Staat gewinnen. Und zusätzlich gibt es natürlich immer noch die Möglichkeit, daß noch vor einer offenen oder latenten Situation der Doppelherrschaft etwas anderes geschieht, das Portugal mit knapper Not vermeiden hat: Die faschisierte und brutale Reaktion der Bourgeoisie. Und man kann sich darauf verlassen, daß sie weiterhin mitspielt. Ein offener Widerspruch zwischen beiden Mächten läuft also Gefahr, von einem lachenden Dritten, der Bourgeoisie, aufgelöst zu werden, und zwar nach einem Drehbuch, das man sich unschwer vorstellen kann. Und dieser Dritte wird in allen Fällen – wie man ahnen kann – (der faschistischen Intervention, der Sozialdemokratisierung oder der autoritären Diktatur der Experten auf den Trümmern der direkten Demokratie) immer der gleiche sein: die Bourgeoisie in der einen oder anderen Form.

Welche Lösung gibt es und welche Antwort soll man geben? Die Verweise im Laufe des ganzen Textes und die zahlreichen Arbeiten, Un-

tersuchungen und Diskussionen überall in Europa, sowie die gegenwärtigen partiellen Experimente (Selbstverwaltungsexperimente auf regionalem oder kommunalem Niveau) sind keine Lösungen oder Rezepte. Denn die Antwort auf diese Fragen gibt es noch nicht. Und auch nicht als theoretisch gesichertes Modell in den heiligen Texten irgendwelcher Klassiker. Die Geschichte selbst hat uns bis heute kein gelungenes Experiment des demokratischen Wegs zum Sozialismus gegeben. Stattdessen hat sie uns negative Beispiele gezeigt, die man vermeiden, und Irrtümer, über die man nachdenken muß. Und auch das ist nicht unwichtig. Daraus kann man natürlich immer im Namen irgendeines Realismus (dem der Diktatur des Proletariats, oder konformistischer Neo-Liberaler) folgern, daß kein demokratischer Sozialismus existiert, weil er unmöglich ist. Vielleicht ist es so. Wir haben keinen ewigen Glauben mehr, der sich auf das ehernen Gesetz einer unausweichlichen demokratischen und sozialistischen Revolution beruht – und auch nicht die Unterstützung, die uns ein Mutterland des demokratischen Sozialismus geben könnte. Aber eines ist sicher: Der Sozialismus wird demokratisch sein oder gar nicht. Darüber hinaus sollten wir, wenn wir optimistisch über den demokratischen Weg zum Sozialismus denken, ihn nicht als einfachen und risikolosen Königsweg betrachten. Risiken gibt es, aber sie haben sich verschoben: Letzten Endes liegen die Risiken darin, daß wir auf dem Weg zu Lagern und Massakern sind, deren designierte Opfer wir sind. Ich möchte darauf antworten, daß dies jedenfalls das kleinere Übel ist gegenüber der Gefahr, andere zu massakrieren, und dabei noch selbst unter dem Fallbeil eines Wohlfahrtsausschusses oder irgendeiner Diktatur des Proletariats zu enden.

Diese Risiken des demokratischen Sozialismus kann man mit Sicherheit nur auf eine einzige Weise vermeiden: Indem man sich still verhält und unter den Auspizien und der Rute der fortgeschrittenen liberalen Demokratie mitmarschiert. Aber das gehört nicht mehr hierhin...

Anmerkungen

Zur Einführung:

¹ Die Kontroverse wurde veröffentlicht unter dem Titel *Il marxismo e lo stato*, Rom 1976 (dtisch: *Sozialisten, Kommunisten und der Staat*, Hamburg 1977).

² G. Deleuze et F. Guattari, *L'Anti-Œdipe*, Paris 1975 (dtisch: *Anti-Œdipus*, Frankfurt/M. 1978). Von den Arbeiten der »Neuen Philosophien« beziehe ich mich auf zwei Veröffentlichungen: B. H. Lévy, *La barbarie à visage humain*, Paris 1977 und A. Glucksmann, *Les maîtres penseurs*, Paris 1977 (dtisch: *Die Meisterdenker*, Reinbek 1978).

³ Frankfurt/M. 1974

⁴ K. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, München 1946

⁵ Dieser Ausdruck stammt von Jean Daniel (Chefredakteur des *Nouvel Observateur* – A. d. Ü.)

⁶ Darauf hat Perry Anderson in seinem Artikel »The Antinomies of Antonio Gramsci« in: *New Left Review*, November 1976/Januar 1977 hingewiesen.

⁷ L. Althusser, *Idéologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg 1977

⁸ Man findet diese Konzeptionen in einigen Artikeln des Sammelbandes *Éléments pour l'analyse du fascisme*, hrsg. von M. A. Macciocchi.

⁹ G. Deleuze in seinem Artikel über Foucault »Ecrivain non: un nouveau cartographie«, in *Critique*, Dezember 1975; M. Foucault in: *Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen*.

¹⁰ Ebenda, Paris 1977, S. 123

¹¹ Cf. Lefort in seinem Artikel »Maintenant« in dem ersten Heft der Zeitschrift *Libre*, Paris 1977; C. Castoriadis, *L'Institution imaginaire de la société*, Paris 1976; die Autoren stehen übrigens der von G. Lapassade und R. Loreau repräsentierten sogenannten »anti-institutionellen« Strömung nahe.

¹² Insbesondere beziehe ich mich auf die Zeitschrift *Faire*.

¹³ P. Clastres, *La société contre l'Etat*, Paris 1974, S. 169 ff.

¹⁴ op. cit., S. 74 ff.

¹⁵ J. Rancière in: *Le Nouvel Observateur* vom 25. 7. 1977

Teil 1

¹ E. Paschukanis, *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*, Frankfurt/M. 1970, H. Lefebvre, *De l'Etat*, Paris 1976. Ich möchte damit nicht den Wert der Arbeit von Lefebvre unterschätzen: insbesondere sein letztes Buch enthält bemerkenswerte Untersuchungen. Diese Forschungsrichtung findet man auch in den Arbeiten von J. Baudrillard.

² J. Hirsch, *Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals*, Frankfurt/M. 1974 und sein Beitrag in dem von mir herausgegebenen Sammelband *La crise de l'Etat*, Paris 1976. Die Problematik der *Ableitung* hat in der BRD schon eine längere Tradition; einige Arbeiten dieser Richtung wurden in Frankreich in dem Sammelband *L'Etat contemporain et le marxisme* veröffentlicht, Paris 1975, hrsg. von M. Vincent. In Großbritannien und den USA ist sie noch jüngeren Datums; vgl. die zahlreichen Beiträge in den Zeitschriften *Capitalistate*, *Insurgent Sociologist* (USA), *Capital and Class* (Großbritannien) sowie die kürzlich erschienenen Arbeiten von Hooloway, Picciotto, Hindess, Hirst etc. In Frankreich kam die Kritik des »Politizismus« in bezug auf meine Arbeiten hauptsächlich von Autoren der Zeitschrift der PCF *Economie et Politique*.